

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 18

Aspekte des Wachstums der österreichischen Landwirtschaft

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1961

Aspekte des Wachstums der österreichischen Landwirtschaft

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1961

Aspekte des Wachstums der österreichischen Landwirtschaft

Gliederung

	Seite
Die Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft	5
Bisheriges Wachstum	6
Künftige Expansion	9
Verbrauch	9
Erzeugung	11
Wachstumsprobleme	14
Verbesserung der Betriebsgrößen	15
Abwanderung der Arbeitskräfte	16
Steigerung der Produktivität und der pro-Kopf-Einkommen	16
Europäische Integration	17

Aspekte des Wachstums der österreichischen Landwirtschaft

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Vortrag, gehalten auf der Agrarpolitischen
Tagung der Präsidentenkonferenz der Landwirt-
schaftskammern Österreichs, am 22. November 1961
in Wien (Österreich-Haus, Palais Palfy).

Die Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft

Die österreichische Wirtschaft, die von 1918 bis 1937 stagnierte und selbst in den Konjunkturjahren 1929 und 1937 nur etwa gleichviel erzeugt hatte wie 1913, erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg einen erstaunlichen Aufschwung. Bereits 1949 wurde das reale *Brutto-Nationalprodukt* von 1937 wieder erreicht, 1960 war es schon mehr als doppelt so groß wie vor dem Krieg.

Obwohl in dieser Zeit auch die Landwirtschaft große Fortschritte erzielte, blieb sie aus einer Reihe von triftigen, zum Teil natürlichen Gründen, die im folgenden näher erläutert werden, ähnlich wie in anderen Ländern, hinter der allgemeinen Entwicklung zurück.

Während die Industrie seit 1937 ihre Produktion verdreifachen und die Bauwirtschaft ihre Leistungen mehr als vervierfachen konnte, wuchs die landwirtschaftliche Produktion nur um knapp 30%. Dieser ungleichmäßigen Entwicklung entsprechend ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten Beschäftigung¹⁾ von 40% im Jahre 1937 auf 25% im Jahre 1960, und ihr Anteil am Brutto-Nationalprodukt von 14% auf 11% zurückgegangen.

¹⁾ Umgerechnet in Vollarbeitskräften.

Trotz dieser Entwicklung ist die Land- und Forstwirtschaft nach wie vor ein lebenswichtiger Zweig der österreichischen Gesamtwirtschaft.

Einige Daten mögen diese Feststellung erhärten:

Mit einem Anteil von 40% Wäldern und Forsten gehört Österreich zu den walddreichsten Ländern Europas. Es ist neben Schweden und Finnland der Hauptlieferant von Holz für den europäischen Markt. Der Wert der Ausfuhr von Holz und Holzprodukten betrug 1960 6,1 Mrd. S., mehr als ein Fünftel der gesamten Ausfuhr.

Obwohl Gebirge den Ackerbau auf ein Fünftel der Bodenfläche einschränken, Kleinst- und Kleinbetriebe, die nur wenig für den Markt produzieren, überwiegen, der Bodenbesitz vielerorts zersplittert ist, zahlreiche Arbeitskräfte abgewandert sind und die landwirtschaftliche Nutzfläche eingeschränkt wurde, deckt die Landwirtschaft gegenwärtig bereits 90% des heimischen Nahrungsmittelbedarfs¹⁾, gegen nur 84% vor dem Krieg.

Die Landwirtschaft dient und nützt der Gesamtwirtschaft zur Zeit in doppelter Weise: Einmal, indem sie ständig mehr und bessere Güter produziert, und zweitens, indem sie seit Jahren der übrigen Wirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte überläßt. Natürlich wird sie diese doppelte Funktion nicht unbeschränkt lange Zeit erfüllen können, einmal wird das Abwandern der Arbeitskräfte aufhören müssen.

Nun ein paar Worte über das *bisherige Wachstum* der österreichischen Landwirtschaft.

Bisheriges Wachstum

Die *landwirtschaftliche Produktion* war 1960 um 36% höher als 1950 und um 29% höher als vor dem Krieg. Im Durchschnitt der Fünfzigerjahre wuchs sie um 3,4% pro Jahr.

Die Produktionserfolge sind umso bemerkenswerter, als die Landwirtschaft seit 1937 270.000 Arbeitskräfte²⁾ verlor und große Flächen (420.000 ha oder 10%) der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wurden. 1960 waren in der Land- und Forstwirtschaft nach den Berechnungen des Institutes für Wirtschaftsforschung nur noch 808.000 Vollarbeitskräfte tätig, um 25% weniger als 1937. Die Zahl der Be-

¹⁾ Gesamtvolumen der heimischen Nahrungsmittelproduktion in Prozent des Gesamtverbrauchs (Ernährung, Verarbeitung, Fütterung, Saatgut).

²⁾ Vollarbeitskräfte.

sitzer und Angehörigen ist um 16%, die der Fremdarbeiter sogar um mehr als die Hälfte gesunken. Von 1951 bis 1960 wanderten pro Jahr durchschnittlich 22.700 oder 2,4% der Vollarbeitskräfte (davon 14.400 Besitzer und Familienangehörige und 8.300 Fremdarbeiter) in gewerbliche Berufe ab. Von 1959 auf 1960 sank die Zahl der Fremdarbeiter sogar um 13.000. Trotzdem sind in Österreich gegenwärtig noch rund 25% aller Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft tätig¹). Die *Arbeitsproduktivität* (Produktion je Vollarbeitskraft) war 1960 um 73% höher als vor dem Krieg. In den Fünfzigerjahren wuchs sie durchschnittlich um 6,3% pro Jahr, stärker als in allen anderen Wirtschaftszweigen, einschließlich Industrie.

Die Landwirtschaft machte die Verluste an Arbeitskräften und Boden wett, indem sie mehr technische Produktionsmittel einsetzte, die Bewirtschaftungsmethoden rationalisierte und die Erkenntnisse der agrarwirtschaftlichen Forschung besser auswertete. Die Technisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion läßt sich an verschiedenen Beispielen zeigen.

Vor dem Zweiten Weltkrieg wurden die Feldarbeiten nahezu ausschließlich mit Händen und tierischer Zugkraft (Pferde, Zugochsen und Zugkühe) bewältigt. 1930 gab es in ganz Österreich nur 700 *Traktoren*, 1939 erst 1.000. Im Zweiten Weltkrieg setzte jedoch eine stürmische Motorisierungswelle ein, die mit einer kurzen versorgungsbedingten Unterbrechung nach Kriegsende bis heute anhält. 1950 wurden 14.000 und 1960 bereits 119.000 Traktoren gezählt. Die fortschreitende Mechanisierung sparte Arbeitskräfte und tierische Zugkraft. 1960 gab es nur noch 200.000 Zugtiere, um 48% weniger als 1938. Dadurch wurden 245.000 *ha* Futterflächen für andere Zwecke frei. Auch viele andere Maschinen, die oft erst einen rationellen Einsatz von Traktoren ermöglichen, wurden angeschafft. 1960 konnte bereits die Hälfte der Getreidernte mit Mähdreschern abgeerntet werden. Damit wurden die Erntearbeiten beschleunigt und die Ernteauffälle verringert.

Im *Pflanzenbau* steigerte die bessere Düngung der Böden die Erträge. 1960/61 verwendete die Landwirtschaft um 157% mehr *Handelsdünger* als 1950/51 und fast siebeneinhalbmal so viel wie vor dem Krieg. Außer der verstärkten Düngung ließen ertragreichere Sorten, Schädlingsbe-

¹) In den EWG-Ländern betrug der Anteil 1947/1954 durchschnittlich ebenfalls 25%; er dürfte seither auf 20% bis 22% zurückgegangen sein. In der Schweiz war er 17% (1950), in Großbritannien 5% (1951) und in den USA 13% (1950).

kämpfung, bessere Bodenbearbeitung und zweckmäßigere Fruchtfolgen die Hektarerträge steigen. Die *Flächenproduktivität* war 1960 mit 27 q je ha (Feldfrüchte und Heu in Getreidewerten ausgedrückt) um 43% höher als 1934/38.

In der Viehwirtschaft wurden die Bestände verjüngt, der Umtrieb beschleunigt, die Aufzucht leistungsfähiger Tiere verstärkt und die Fütterung verbessert. 1960 konnten je 1.000 S Bestandwert 1.080 S tierische Produkte erzeugt werden, um 50% mehr als 1934/38. Der Fleischertrag je Rind war um 72% und der je Schwein um 31% höher als vor dem Krieg. Die Milchleistung je Kuh stieg in den Fünfzigerjahren um durchschnittlich 60 kg pro Jahr; sie war 1960 mit 2.500 kg um 28% höher als 1937.

Während die landwirtschaftliche Produktion in den Fünfzigerjahren um durchschnittlich 3⁴% pro Jahr stieg, wuchs der *Verbrauch an Nahrungsmitteln* — ausgedrückt in landwirtschaftlichen Rohprodukten — um 2⁹%. Der Ernährungsbedarf konnte daher zunehmend durch heimische Produkte gedeckt und die Ausfuhr an Nahrungsmitteln gesteigert werden.

Die wirtschaftliche und technische Revolution in der österreichischen Landwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg hat verschiedene *Ursachen*. Das von einem niedrigen Niveau rasch steigende Realeinkommen der städtischen Bevölkerung und die fortschreitende Industrialisierung schufen aufnahmebereite Märkte für Agrarprodukte; die marktregelnden Maßnahmen der Landwirtschaftspolitik hielten die ausländische Konkurrenz ab und sicherten den heimischen Produzenten verhältnismäßig stetige Erträge. Gleichzeitig zwang die anhaltende Knappheit an Arbeitskräften, die Produktion zu rationalisieren, was durch billige Kredite und Subventionierung verschiedener Produktionsmittel erleichtert wurde. Vor allem hat sich auch die Mentalität der Landbevölkerung geändert. Während sie früher an althergebrachten Lebensformen und Produktionsmethoden festhielt und Neuerungen skeptisch gegenüberstand, hat besonders die junge Generation, häufig in Fachschulen ausgebildet, die moderne Technologie und die agrarwissenschaftlichen Erkenntnisse schätzen und anwenden gelernt. Das Beispiel der fortschrittlichen Betriebe wird mehr und mehr auch von bisher noch rückständigen nachgeahmt. Die technische Ausstattung der Betriebe und moderne Bewirtschaftungsmethoden werden nicht nur wegen ihrer wirtschaftlichen Effizienz geschätzt; sie erhöhen auch das Ansehen der Landwirte und er-

leichtern es, Familienmitglieder und Fremdarbeitskräfte auf dem Hof zu halten.

Künftige Expansion

Wie wird sich die österreichische Landwirtschaft *künftig* entwickeln, welche *Expansionsmöglichkeiten* hat sie?

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat soeben eine größere Arbeit fertiggestellt, die untersucht, wie sich *Verbrauch und Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte in Österreich bis 1965 und 1975* voraussichtlich entwickeln werden.

Verbrauch

Das Institut nimmt an, daß das österreichische Sozialprodukt künftig (in den nächsten 15 Jahren) jährlich real um 4⁰/₁₀₀ wachsen wird. Es wird daher bereits 1978 doppelt so hoch sein wie 1960 und mehr als viermal so hoch wie vor dem Krieg und 1949. Aus verschiedenen Gründen wird der private Konsum etwas weniger rasch wachsen (insgesamt um 3⁸/₁₀₀ jährlich); da die Bevölkerung bis 1975 voraussichtlich um 350.000 bis 400.000 Köpfe zunehmen wird, wird der pro-Kopf-Verbrauch jährlich nur um 3⁴/₁₀₀ steigen.

Für unsere Betrachtung ist die Feststellung wichtig, daß der Anteil der *Nahrungsmittel* an den gesamten Konsumausgaben in einer dynamischen Wirtschaft abnimmt. Von 1950 bis 1960 ist z. B. der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel am ziemlich stetig gestiegenen Gesamtkonsum von 54⁰/₁₀₀ auf 46⁰/₁₀₀ gesunken, wogegen der Anteil der Verkehrsmittel (insbesondere durch Anschaffung von Personenkraftwagen) und der von Wohnungseinrichtung und Hausrat (Ausstattung mit technischen Haushaltgeräten, wie Elektroherden, Kühlschränken, Waschmaschinen, Fernsehapparaten usw.) nahezu auf das Doppelte stieg.

Aber auch innerhalb der Bedarfsgruppe Nahrungs- und Genußmittel ergaben sich große *strukturelle Veränderungen*. Während der Verbrauch von Südfrüchten und Geflügel in den Fünfzigerjahren fast auf das Sechsfache und der von Kaffee, Kakao, Pflanzenfetten, Eiern, Topfen, Obers und Rahm auf mehr als das Zweifache stieg, wurden Brotgetreideerzeugnisse, Nahrungsmittel, Kartoffeln und Schmalz zum Teil viel weniger konsumiert.

Diese Tendenz wird in Zukunft mit steigendem Konsum noch stärker hervortreten. Das Institut nimmt an, daß der *Nahrungsmittelver-*

brauch pro Kopf bis 1975 jährlich nur um 0,8%, das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung jedoch um 3,4% wachsen wird. (In den Fünfzigerjahren ist der Nahrungsmittelverbrauch pro Kopf der Bevölkerung immerhin noch um rund 3% jährlich gestiegen.)

Die Aussichten für die einzelnen Produkte sind sehr verschieden: Es ist zu erwarten, daß 1975 pro Kopf der Bevölkerung um 50% mehr Südfrüchte, 24% mehr Obst, 14% mehr Gemüse, 39% mehr Käse, 33% mehr Butter, 22% mehr Rahm und Obers, 20% mehr Fleisch und 12% mehr Eier verbraucht werden als 1959/60, aber um 9% weniger Kartoffeln und um je 5% weniger Brotgetreideerzeugnisse und Nahrungsmittel. Der Fettverbrauch wird bei anhaltender Verschiebung von Schmalz zugunsten von Pflanzenfett gleich bleiben. Der gesamte Verbrauch an Nahrungsmitteln wird etwas stärker steigen als der pro-Kopf-Verbrauch, da die Bevölkerung bis 1975 um 5% auf ungefähr 7¹/₂ Mill. wachsen wird.

Für die Landwirte nachteilig ist nicht nur, daß der Nahrungsmittelkonsum verhältnismäßig schwach auf Einkommensänderungen reagiert. (Aus den beiden Konsumerhebungen wurde berechnet, daß städtische Haushalte nur um 0,6% und bäuerliche nur um 0,4% mehr für Nahrungsmittel ausgegeben, wenn ihre gesamten Konsumausgaben um 1% steigen.) Es kommt noch hinzu, daß von den zusätzlichen Ausgaben der Konsumenten für Nahrungsmittel den landwirtschaftlichen Produzenten nur ungefähr ein Drittel verbleibt, während ungefähr zwei Drittel der gewerblichen Wirtschaft für Transport, Sortierung, Be- und Verarbeitung, Lagerung, Kühlung, Verpackung, Verteilung, Versicherung, Kredite und Risiken zuzufießen.

Gegenwärtig beträgt der Anteil der Bearbeitungs- und Verteilungskosten an den Konsumausgaben für Nahrungsmittel in Österreich etwa 40%. In dem Maße, wie die Realeinkommen der Verbraucher steigen, wird sich die Nachfrage nach koch- und genußfertig hergerichteten Nahrungsmitteln, Tiefkühlwaren und Konserven erhöhen. Hohe Löhne werden den Handel zwingen, mehr Selbstbedienungsläden einzurichten und Automaten aufzustellen. Der wachsende Verbrauch von Nahrungsmitteln mit einem hohen Anteil gewerblicher Leistungen wird die realen Konsumausgaben künftig verhältnismäßig stark, den mengenmäßigen Verbrauch landwirtschaftlicher Rohprodukte aber nur schwach steigen lassen. Bis 1975 wird der Anteil der gewerblichen Wirtschaft an den Konsumausgaben von 40% auf annähernd 50% steigen und der Anteil der landwirtschaftlichen Produzenten von 60% auf 50% sinken. (In

den USA beträgt der Anteil der Landwirtschaft an den Konsumausgaben für Nahrungsmittel heute schon nur noch 40%.)

Mit anderen Worten: Die *Schere zwischen den Erlösen der landwirtschaftlichen Produzenten und den Ausgaben der Verbraucher wird sich weiter vergrößern.*

Meine Damen und Herren, ich habe mich bisher mit dem voraussichtlichen *Verbrauch* landwirtschaftlicher Erzeugnisse beschäftigt und möchte mich nunmehr der *Produktionsseite* zuwenden.

Erzeugung

Das Institut hat in seiner großen Untersuchung auch die *landwirtschaftliche Produktion* von 1965 und 1975 zu schätzen versucht. Ich brauche in Ihrem Kreise nicht hervorzuheben, wie schwierig dieses Unterfangen ist. Da sich die Bestimmungsgründe der Produktion viel schwieriger quantifizieren lassen als die des Verbrauchs, mußten die bisherigen Entwicklungstendenzen in den meisten Fällen graphisch extrapoliert werden. Die wirtschaftlichen und technischen Faktoren, welche die Produktion beeinflussen, konnten dabei nur überschlüssig berücksichtigt werden. Die Vorausschätzungen gelten unter der Annahme, daß die österreichische Wirtschaft in den nächsten 15 Jahren weder durch Krieg noch nur schwere Depressionen ernstlich gefährdet wird, die dynamischen Kräfte seit dem Zweiten Weltkrieg im wesentlichen fortwirken werden und die wirtschaftliche Integration Europas zu keinen radikalen Strukturänderungen zwingen wird.

Unter diesen Bedingungen und mit diesen Einschränkungen kommt das Institut zu dem Ergebnis, daß die *landwirtschaftliche Produktion insgesamt* bei mittleren Ernten 1965 um 10% und 1975 um 22% bis 28% höher sein wird als 1960, obwohl voriges Jahr dank günstiger Witterung eine Rekordernte erzielt wurde. Die Landwirtschaft wird 1975 voraussichtlich um fast die Hälfte mehr Traktoren und fast doppelt soviel Kunstdünger verwenden wie 1960. Der Einsatz der übrigen Produktionsfaktoren, Boden und Arbeit, wird dagegen zurückgehen. Die Produktion wird freilich nur dann im erwähnten Ausmaß wachsen, wenn die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu angemessenen Preisen abgesetzt werden können und genügend Kredite zur Anschaffung technischer Produktionsmittel bereitstehen.

Im einzelnen werden die Produktionszuwächse geringer sein als in den Fünfzigerjahren, insbesondere im Pflanzenbau. Das Volumen der

Pflanzenproduktion, einschließlich Futtermittel, wird 1965 infolge höherer Hektarerträge schon bei mittleren Ernten voraussichtlich um 4% höher sein als 1960 und bis 1975 um weitere 9% wachsen, die *tierische Produktion* dürfte bis 1965 um 13% und bis 1975 um weitere 11% bis 18% steigen.

Trotz diesen Fortschritten wird Österreich auch 1975 noch nicht die gegenwärtigen Hektarerträge der klimatisch begünstigten Landwirtschaften Nordwesteuropas erreichen.

Im Getreidebau werden technische und ökonomische Faktoren weiterhin den Anbau von Weizen und Gerste zu Lasten von Hafer und Roggen fördern. Von Hackfrüchten wird insbesondere Mais in größeren Mengen geerntet werden. Die Milchleistung je Kuh wird 1975 vermutlich zwischen 3.300 und 3.600 kg liegen und etwa gleich hoch sein wie gegenwärtig in der Schweiz oder in der Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt werden sich die durchschnittlichen Milch- und Fleischleistungen je Tier bis 1965 um etwa 16% und bis 1975 um weitere 14% bis 21% erhöhen.

Stellt man die voraussichtliche Produktion dem angenommenen Verbrauch in den Prognosejahren gegenüber, so ergeben sich für einzelne Produkte *Überschüsse*, die voraussichtlich exportiert werden können. Bei Zucker, wo bereits jetzt produktionsbeschränkende Maßnahmen in Kraft sind, wurde von vornherein auf die Absatzmöglichkeiten Bedacht genommen. An Brotgetreide sind zeitweise — bei überdurchschnittlich guten Ernten — und bei Fleisch dauernd Produktionsüberschüsse zu erwarten. Der Milchüberschuß, der der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren Sorgen bereitet hat — bekanntlich konnten Milchprodukte teilweise nur zu Verlustpreisen exportiert werden —, wird wahrscheinlich dank dem steigenden Verbrauch von Käse, Rahm und Butter ganz oder größtenteils verschwinden.

Das zeitweilig überschüssige Angebot an *Brotgetreide* kann für Zeiten schwacher Ernten gelagert oder verfüttert werden. Sollten jedoch dauernd Überschüsse an Brotgetreide entstehen, müßte das Angebot (etwa durch strengere Qualitätsbestimmungen) gedrosselt und die Landwirtschaft (etwa durch preispolitische Maßnahmen) verhalten werden, einen Teil des Weizens zu verfüttern oder statt Weizen mehr Futtergetreide anzubauen.

Die den heimischen Verbrauch übersteigenden Mengen an *Schlachtvieh und Fleisch* werden sich voraussichtlich exportieren lassen, sofern

die österreichischen Agrarexporte auf den wichtigsten Absatzmärkten, Italien und Deutschland, nicht oder nicht nennenswert diskriminiert werden. Nach den Prognosen des Institutes wird die heimische Fleischproduktion von 1960 bis 1965 um insgesamt 15% und von 1965 bis 1975 um weitere 12% bis 18% steigen; von 1955 bis 1960 hatte der Produktionszuwachs 25%, von 1950 bis 1960 43% betragen. Nimmt der Fleischverbrauch von 1960 bis 1965 wie angenommen nur um 7% und bis 1975 um weitere 15% zu und werden jährlich 20.000 t Fleisch, hauptsächlich Geflügel, Fleischwaren und Schlachtpferde, eingeführt, so ergeben sich beträchtliche Exportüberschüsse an Schlacht- und Nutzvieh, die 1965 voraussichtlich das Zweifache und 1975 das 1,8 bis 2,8-fache von 1960 erreichen werden. Steigt der Fleischverbrauch bis 1965 stärker, etwa um 10%, müßte 1965 noch immer um zwei Drittel und 1975 um ein Drittel bis um das Doppelte mehr Schlacht- und Nutzvieh ausgeführt werden als 1960.

Die Ausfuhr an Nahrungsmitteln wird sich künftig somit viel stärker auf Vieh und Fleisch konzentrieren als bisher. Gleichzeitig wird die Einfuhr von Vieh, Fleisch und Brotgetreide stark zurückgehen. Hingegen wird man *Obst, Südfrüchte, Gemüse* und *Pflanzenfette* in größeren Mengen importieren müssen.

Insgesamt wird der *Grad der Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln* bis 1975 netto 90% übersteigen; die österreichische Landwirtschaft wird demnach, insgesamt gesehen, nicht viel weniger Nahrungsmittel erzeugen, als die heimische Bevölkerung verbraucht.

Diese Prognose bedarf allerdings einer wichtigen Ergänzung. Der hohe und zunehmende Eigenversorgungsgrad gilt nur für Nahrungsmittel, nicht aber für Genußmittel (Wein, Tabak, Kaffee, Tee, Kakao), für Güter also, deren Einfuhrüberschuß, zu konstanten Preisen gerechnet, sich seit der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt hat.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß die erwarteten hohen Produktionsleistungen der Landwirtschaft nur möglich sein werden, wenn mehr *technische Produktionsmittel* (insbesondere Kunstdünger, Schädlingsbekämpfungsmittel, Maschinen) und *Futtermittel* eingesetzt werden, die zu einem namhaften Teil aus dem Ausland bezogen werden müssen. 1960 betrug der Gesamtwert dieser Importe frei Hof fast 16% des Bruttoproduktionswerts der Landwirtschaft gegen 19% vor dem Krieg. Die *Importquote* zeigte in den Fünfzigerjahren eine deutlich steigende Tendenz; 1975 werden die importierten Produktionsmittel der Landwirt-

schaft voraussichtlich mehr als 20% des landwirtschaftlichen Rohertrages erreichen. Demgegenüber dürfte die *Exportquote der landwirtschaftlichen Produktion* (Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte in Prozent des Rohertrags) trotz einer kräftigen Steigerung nur knapp halb so hoch sein (8% bis 11%) wie die Importquote.

Dank kräftiger Steigerung der Agrarexporte werden sich die Nettoeinfuhren an Nahrungsmitteln zwar um eine halbe bis zu eineinhalb Mrd. S (je nach Ernteausfall) verringern. Diese Entlastung der Handelsbilanz wird jedoch teilweise durch den erhöhten Importbedarf an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln wieder wettgemacht werden. Berücksichtigt man ferner die steigende Tendenz der Einfuhrüberschüsse an Genußmitteln, so dürfte der gesamte Einfuhrüberschuß an landwirtschaftlichen Produkten und Produktionsmitteln nach einem vorübergehend leichten Rückgang in der ersten Hälfte der Sechzigerjahre künftig, ähnlich wie 1960 und 1937, annähernd 5 Mrd. S betragen.

Wachstumsprobleme

Die Bemühungen um optimalere Betriebgrößen, die ständige Abwanderung der Arbeitskräfte, das wachsende Streben nach Einkommensgleichheit und höherem Lebensstandard im Dorf, die Verwertung der Agrarüberschüsse und die Fragen der europäischen Agrarintegration sind brennende Probleme, die auf fast allen landwirtschaftlichen Tagungen eifrig erörtert werden. Lassen Sie mich, bitte, dazu als Volkswirt kurz Stellung nehmen.

Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe hat sich von 1951 bis 1960 um 30.000 oder 7% verringert. Gleichzeitig ist die Zahl der familienfremden Arbeitskräfte um 75.000 oder 35% und die der Besitzer und Familienangehörigen um 130.000 oder 16% gesunken. Insgesamt gab es 1960 um 205.000 (20%) Vollarbeitskräfte in der Landwirtschaft weniger als 1951.

Sind diese *Umschichtungen* für die Landwirtschaft bedrohlich oder aber die notwendige Voraussetzung für eine ausreichende Rationalisierung und Steigerung von Produktivität und Einkommen? Tatsächlich wurden trotz dem Rückgang an Arbeitskräften gerade in den letzten Jahren, als die Veränderungen beinahe hektisch waren, die Nahrungsmittelproduktion und der Grad der Selbstversorgung beachtlich erhöht. In verschiedenen Sparten erzeugt die Landwirtschaft bereits

mehr, als der Inlandmarkt aufnehmen kann. Insbesondere 1960 und 1961 mußten verhältnismäßig große Mengen an Agrarprodukten exportiert werden.

Verbesserung der Betriebsgrößen

In der österreichischen Landwirtschaft herrschen der *Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieb* vor. 1951 hatten von fast 433.000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 24% weniger als 2 *ha* und 48% weniger als 5 *ha* landwirtschaftliche Nutzfläche. Seither wurden 30.000 Hofstellen, größtenteils Zwerg- und Kleinbesitzungen, aufgelassen. Sie lieferten ihren Eigentümern und den Angehörigen zumeist kaum das Nötigste zum Leben. Es darf daher nicht wundernehmen, wenn diese Menschen schließlich ihren Hauptberuf im öffentlichen Dienst und im Gewerbe ausübten oder sich überhaupt eine neue Lebensgrundlage schufen, um so mehr, als es in der Hochkonjunktur verhältnismäßig leicht war, einen anderen Beruf zu ergreifen. Die freigewordenen Grundstücke wurden von anderen Bauern gekauft oder gepachtet. Sie konnten auf den nunmehr erweiterten Betrieben besser und produktiver wirtschaften. Diese Umstellungen sind nicht auf Österreich beschränkt, sondern weltweit und durchaus erwünscht, wenn sie auch nicht immer reibungslos vor sich gehen und manche Existenz vorübergehend bedrohen.

Die Umschichtung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen in den sogenannten *Notstandsgebieten* (Burgenland, Waldviertel, Mühlviertel, Südsteiermark) ist oft mit besonderen Härten verbunden, weil Industrien, die die freiwerdenden Arbeitskräfte aufnehmen könnten, fehlen. Hier sind Maßnahmen der allgemeinen regionalen Wirtschaftsplanung erforderlich (Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Industrie Gründungen, Hebung des Fremdenverkehrs, eventuell Überführung des Bevölkerungsüberschusses in Gebiete mit Arbeitermangel). Auch die „Grünen“ Pläne der Landwirtschaft mit ihren „gezielten“ Hilfen bezwecken, daß in diesen Gebieten Güterwege errichtet, die Elektrizitätsversorgung ausgebaut, Grundstücke zusammengelegt und die Böden verbessert (entwässert oder bewässert) werden. Sie vermitteln überdies für Grundaufstockungen billige Kredite. Damit soll verhindert werden, daß der Bauernwald weiter überschlägert und der Holzerlös zur Deckung des hohen Investitionsbedarfs der Landwirtschaft herangezogen wird. Die produktivitätsfördernden Maßnahmen sind im Hinblick auf den Europamarkt besonders dringlich geworden.

Abwanderung der Arbeitskräfte

Größte Sorgen bereitet die starke *Abwanderung der Arbeitskräfte*. Würden in den Sechzigerjahren ebenso viele Arbeitskräfte abwandern wie in den Fünfzigerjahren, dann wäre die Zahl der Fremdarbeitskräfte in zehn Jahren auf weniger als die Hälfte von heute geschrumpft und in 20 Jahren gäbe es auf dem Lande überhaupt keine Fremdarbeiter mehr. Natürlich ist diese Perspektive unrealistisch, aber sie soll doch zu denken geben. Wie die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien lehren, läßt die Abwanderung nach, wenn die Mechanisierung verstärkt wird, bessere Löhne gezahlt werden und die Zahl der mittleren und größeren Betriebe durch Kauf und Pacht von Boden wächst. Auch wenn die Feld- und Waldarbeiten in hohem Grade motorisiert und Stall und Hof reichlich mit mechanischen Behelfen ausgestattet sein werden, wird ein Stock von schätzungsweise 60.000 bis 70.000 landwirtschaftlichen Facharbeitern und Angestellten in Österreich unentbehrlich sein.

Es muß damit gerechnet werden, daß auch die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft weiter zurückgehen wird, auch wenn die Abwanderung durch agrarpolitische Maßnahmen und soziale Hilfen gebremst werden kann. Wieviel familieneigene Arbeitskräfte tatsächlich abwandern werden, wird weitgehend von der konjunkturellen Entwicklung abhängen, insbesondere in jenen Wirtschaftszweigen, die großteils Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft aufnehmen, wie Bauwirtschaft, Fremdenverkehr und Textilindustrie. Das Institut nimmt an, daß die Zahl der familieneigenen Vollarbeitskräfte von 675.000 im Jahre 1960 auf 610.000 im Jahre 1965 und 510.000 im Jahre 1975 sinken wird. Insgesamt wird es in der Land- und Forstwirtschaft 1965 voraussichtlich nur noch 725.000 und 1975 600.000 Vollarbeitskräfte geben, um 10% und 25% weniger als 1960 und nur noch etwas mehr als zwei Drittel (67%) und die Hälfte (55%) von 1934/38. Die *Arbeitsproduktivität* wird auf Grund der angenommenen Produktionsentwicklung auf 212 (1965) und ungefähr 300 (1975) von 1934/38 steigen; 1960 hatte sie 173 betragen.

Steigerung der Produktivität und der pro-Kopf-Einkommen

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft hängt mit der Entwicklung der Produktivität und des pro-Kopf-Einkommens der Landwirt-

schaft eng zusammen. Die pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft werden nur dann nicht allzu stark hinter der Entwicklung in anderen Wirtschaftszweigen zurückbleiben, wenn man bereit und imstande ist, jenen Teil der familieneigenen Arbeitskräfte, die bisher mit ungenügendem Nutzeffekt tätig waren, in produktivere Wirtschaftszweige umzuschichten. Alle Versuche der Landwirtschaft, die Einkommensparität in erster Linie über eine Steigerung der Produktion zu erzwingen, führen, weil die Nachfrage nach Nahrungsmitteln relativ starr ist, erfahrungsgemäß sehr bald zu Überschüssen, die im Inland nicht absetzbar sind. Die Landwirtschaft muß dann ihre zumeist leicht verderblichen Waren teilweise um jeden Preis auf dem Weltmarkt loszuschlagen suchen.

Europäische Integration

Verehrte Zuhörer, lassen Sie mich abschließend einige landwirtschaftliche Probleme streifen, die sich aus der *europäischen Integration* ergeben. Bekanntlich schließt der EFTA-Vertrag die Agrarwirtschaft nicht mit ein. Die EWG dagegen will die differenzierte nationalstaatliche Agrarpolitik der Mitgliedstaaten durch eine für alle Staaten verbindliche gemeinsame Agrarpolitik ablösen. Auch assoziierte Mitglieder werden voraussichtlich dieses Ordnungssystem weitgehend übernehmen müssen.

Das besondere Interesse der österreichischen Landwirtschaft am EWG-Markt erklärt sich aus ihren engen und ausgewogenen *Handelsbeziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*. Im Jahre 1960 führte Österreich Nahrungsmittel für 1,3 Mrd. S aus, davon 84% in die EWG, 10% in die EFTA und 6% in andere Länder. Vieh und Fleisch gingen zu 94%, Butter und Käse zu 73%, Obst und Gemüse zu 88% und Wein zu 77% in die EWG. Im Gegensatz zu den auf die EWG konzentrierten Agrarexporten sind die *Agrarimporte* weltweit gestreut. Die 1960 eingeführten Nahrungs- und Futtermittel im Werte von 4,9 Mrd. S stammten zu 25% aus der EWG, 4% aus der EFTA, 29% aus den Ostblockstaaten, 7% aus den USA und 35% aus sonstigen Ländern. Die größere Streuung der Agrarimporte hängt teilweise damit zusammen, daß Österreich seine Industriewaren oft nur in Länder exportieren kann, aus denen es selbst Waren zu beziehen bereit ist, und diese Länder, wie die Oststaaten und verschiedene Überseeländer, in erster Linie Agrarprodukte liefern.

Wiewohl der Ausfuhrwert von Nahrungsmitteln und Getränken 1960 nur 7% des landwirtschaftlichen Rohertrags betrug, ist der Export, insbesondere für die Landwirtschaft der westlichen Bundesländer, lebenswichtig. Dort überwiegt aus natürlichen Gründen die Vieh- und Milchwirtschaft, deren Produktionsüberschüsse, wie bereits erwähnt, hauptsächlich nach Italien und in die Bundesrepublik Deutschland verkauft werden.

Während der Außenhandel mit Agrarprodukten im ganzen stark passiv ist — der Einfuhrüberschuß 1960 erreichte 3 6 Mrd. S oder das Dreifache der Ausfuhr —, wurden im Handel mit der EWG nur um 145 Mill. S oder 14% mehr Agrarprodukte eingeführt als ausgeführt. Die Einfuhrüberschüsse an Obst, Gemüse und Futtermitteln wurden durch Ausfuhrüberschüsse an Vieh, Fleisch und Molkereiprodukten annähernd kompensiert.

Die eindeutige Orientierung der österreichischen Agrarexporte und ihre Gefährdung im Falle handelspolitischer Diskriminierungen hat die Vertreter der österreichischen Landwirtschaft schon früh bewogen, für multilaterale oder bilaterale Verhandlungen zwischen EFTA und EWG einzutreten. Je länger Österreich zögert, desto schwieriger wird es sein, die österreichische Landwirtschaft in die Marktordnung der EWG einzufügen und die Agrarüberschüsse abzusetzen.

Noch ist die Entscheidung über die künftige Landwirtschaftspolitik der EWG nicht gefallen. Bekanntlich strebt die EWG-Kommission eine Stabilisierung der europäischen Agrarmärkte auf einem *mittleren* Preisniveau an, das *unter* dem deutschen, aber *über* dem französischen und holländischen liegt. Augenblicklich stemmen sich die landwirtschaftlichen Verbände in Deutschland noch mit aller Macht gegen die landwirtschaftliche Konzeption der EWG-Kommission, da sie den deutschen Bauern Opfer und schmerzhaftige Umstellungen zumutet. Andererseits ist Frankreich erst dann bereit, in die zweite Phase des Rom-Vertrags, die am 1. Jänner 1962 beginnen soll, einzutreten, wenn zuvor die gemeinsame Agrarpolitik im Sinne der Vorschläge der EWG-Kommission akzeptiert worden sind.

Die Bereitschaft Englands, der EWG als Vollmitglied beizutreten, hat in gewissen Kreisen der europäischen Landwirtschaft die Hoffnung erweckt, die alten und neu hinzukommenden Länder der EWG werden künftig ihre Agrarüberschüsse zu relativ hohen Preisen in Großbritannien absetzen können. England ist der größte Importeur landwirtschaft-

licher Produkte, sie wurden bisher nur zu 22% aus den EWG- und EFTA-Ländern und überwiegend aus den Commonwealth-Ländern bezogen. Nach Ansicht des *Verbandes der europäischen Landwirtschaft*, der Ende Oktober in Baden-Baden seine Generalversammlung abhielt, sollte der britische Einfuhrbedarf künftig in erster Linie von den europäischen Landwirtschaften befriedigt werden. In diesem Falle wäre die Gefahr einer Überproduktion auf lange Sicht gebannt.

Ich glaube, in Ihrem Kreise nicht besonders hervorheben zu müssen, daß diese mit wehrwirtschaftlichen Erwägungen motivierte „europäische Agrarautarkie“, die den europäischen Bauern ein Maximum an Produktion zu höchstmöglichen Preisen sichern soll, ein Wunschtraum ist, ebenso wie seinerzeit die „multilaterale Assoziierung“ der EFTA mit der EWG. Der für Landwirtschaftsfragen zuständige Vizepräsident der EWG-Kommission, Sicco L. *Mansholt*, hat dieses Konzept auch bereits als eine trügerische Hoffnung abgetan. Man dürfe den EWG-Bauern nicht vorspiegeln, „daß das englische ‚Ventil‘ das Weiterwursteln erlaube, weil nun für die Überproduktion ein englischer Abfalleimer erworben sei“, sagte *Mansholt* kürzlich auf einer Tagung in Stockholm¹⁾. Wer erwarte, daß England seine Verpflichtungen namentlich gegenüber den Commonwealth-Ländern zugunsten kontinentaleuropäischer Überschüsse preisgibt, stellt England vor die Alternative „Europa oder Commonwealth“ und wird damit Englands Beitritt zur EWG unmöglich machen. Da der Plan der europäischen Landwirtschaft auch von den Vereinigten Staaten von Amerika aus politischen und wirtschaftlichen Gründen strikte abgelehnt wird, hat er keine Chance, realisiert zu werden, abgesehen davon, daß er auf die *Interessen der Verbraucher* wenig Rücksicht nimmt.

Die österreichische Landwirtschaft sollte daher auf dem Boden der harten Tatsachen bleiben und nüchtern die Probleme anpacken, die es zu lösen gilt. Sie hat gute Gründe, optimistisch zu sein. Trotz teilweise ungünstigen natürlichen Voraussetzungen und strukturellen Schwächen sollte es möglich sein, die österreichische Landwirtschaft innerhalb einer entsprechend langen Übergangszeit in einen großen europäischen Markt einzugliedern. Die vorgesehene straffe Marktordnung der EWG für einen Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse schafft einheitliche Wettbewerbsbedingungen und kommt den Bedürfnissen der heimischen

¹⁾ „Europäische Gemeinschaft“, Nr. 40/IV, 16. September 1961.

Landwirtschaft in wichtigen Punkten entgegen. Die österreichischen Erzeugerpreise der Hauptprodukte halten ein mittleres Niveau, manche Produkte, wie Schlacht-, Zucht- und NutZRinder, teilweise auch Käse und einige Spezialkulturen im Obstbau, sind international durchaus wettbewerbsfähig. Sie werden künftig in einem großen, innerhalb weltwirtschaftlich und weltpolitisch vertretbarer Grenzen vor der Konkurrenz dritter Länder geschützten Markt voraussichtlich sogar leichter abgesetzt werden als bisher.

Die österreichische Landwirtschaft hat allerdings einige *Sonderwünsche* anzumelden, die den besonderen Verhältnissen der heimischen Produktion Rechnung tragen und helfen sollen, die unvermeidlichen Anpassungsschwierigkeiten zu mildern. Sie verlangt erstens größere öffentliche Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur — eine Forderung, die im Budgetentwurf 1962 durch Verdoppelung der Zuwendungen für den „Grünen Plan“ großteils berücksichtigt wurde — und zweitens eine längere Übergangszeit, um vor allem die unter ungünstigen Bedingungen produzierenden Bergbauernbetriebe und die durch die Konkurrenz südlicher Staaten gefährdeten Obst-, Wein und Gartenbaubetriebe integrationsreif zu machen. Unter anderem will man im Interesse der Bergbauern auch den einheitlichen Erzeugerpreis für Milch beibehalten (das EWG-Agrarkonzept sieht eine Preisdifferenzierung zwischen Trink- und Verarbeitungsmilch vor). Der Obst- und Weinbau muß noch mehr auf marktgängige Sorten umgestellt und rationalisiert werden; da es sich um langjährige Kulturen handelt, wird dazu eine längere Übergangszeit benötigt. Auch sollte Obst und Gemüse künftig besser sortiert und hygienisch verpackt auf den Markt gebracht werden, wie das bei den nach Handelsklassen aufbereiteten Importwaren der Fall ist. Diese würden sonst auf dem von quantitativen Einfuhrbeschränkungen und zwischenstaatlichen Zöllen freien Markt einen entscheidenden Vorsprung gewinnen. Anfangserfolge auf diesem Gebiet wurden in einzelnen Landesteilen (Wachau, Südsteiermark) bereits erzielt. In den unterentwickelten landwirtschaftlichen Gebieten sollen noch mehr bodenständige Industrien errichtet und der Fremdenverkehr gefördert, die Aufstockung zu größeren landwirtschaftlichen Betrieben nachdrücklicher als bisher betrieben, verstreut liegende Grundstücke zusammengelegt und submarginale Nutzflächen aufgeforstet werden.

Auch wenn eine Assoziierung Österreichs mit der EWG zweifellos mit Anpassungsschwierigkeiten verbunden ist und keineswegs alle Pro-

bleme der heimischen Landwirtschaft lösen wird (z. B. werden Überschüsse von Weizen, Zucker und Butter auch im Gemeinsamen Markt nicht abgesetzt werden können), so besteht doch begründete Aussicht, daß sich die österreichische Landwirtschaft, vor allem mit ihren Hauptprodukten Holz und Vieh, im westeuropäischen Wirtschaftsraum gut behaupten wird.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof. Dr. Franz Nemschak. Alle Wien, I., Hoher Markt 9
Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), Wien, IX., Alser Straße 24.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Monatsberichte, Jg. I—XXXIV (1927—1961)

Beilagen zu den Monatsberichten (ab 1950)

- Nr. 10 *Der Preisindex für Bauleistungen April 1950.*
Nr. 11 *Beschäftigung und Produktivität im österreichischen Bergbau von 1913 bis 1950. Juli 1950.*
Nr. 12 *Ertragssteigerung der österreichischen Landwirtschaft durch intensivere Verwendung von Handelsdünger August 1951.*
Nr. 13 *Österreichs Beschäftigtenstruktur in den Jahren 1938, 1948 u. 1950. Jän. 1951.*
Nr. 14 *Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze. April 1951.*
Nr. 15 *Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen. August 1951.*
Nr. 16 *Österreichs Außenhandel seit Ausbruch des Koreakonfliktes September 1951.*
Nr. 17 *Lohnkosten und Wettbewerbslage. Juli 1952.*
Nr. 18 *Die Krise in der österreichischen Textilindustrie. November 1952.*
Nr. 19 *Die Stellungnahme der Exportindustrie zur Kursvereinheitlichung. Mai 1953.*
Nr. 20 *Österreich und das europäische Zahlungsbilanzproblem Juli 1953.*
Nr. 21 *Ein Index der Bruttoinvestitionen August 1953.*
Nr. 22 *Zur Frage des Wohnungsdefizites in Österreich. Oktober 1953.*
Nr. 23 *Wirtschaftliche Aspekte der österr. Bevölkerungsentwicklung Nov 1953*
Nr. 24 *Zur Reform des österreichischen Zollltarifes. Februar 1954*
Nr. 25 *Österreichs Eisenexport und die Montan-Union. April 1954.*
Nr. 26 *Die Belastung der Lebenshaltungskosten mit indirekten Steuern. Mai 1954.*
Nr. 27 *Die österreichische Wohnungswirtschaft. Oktober 1954.*
Nr. 28 *Der Teilzahlungskredit in Österreich. Oktober 1954.*
Nr. 29 *Die Kapazitätsreserven der österreichischen Industrie. März 1955.*
Nr. 30 *Lohnkosten und Produktivität in Österreich und im Ausland. Juni 1955*
Nr. 31 *Die österreichische Konjunktur Mitte 1955. Juni 1955*
Nr. 32 *Zur Statistik der Lohneinkommen Juli 1955.*
Nr. 33 *Österreichs Wirtschaftsverkehr mit der Sowjetunion. Dezember 1955.*
Nr. 34 *Zur Kreditversorgung der österreichischen Industrie. Eine Sondererhebung des Konjunkturstates. Dezember 1955.*
Nr. 35 *Die österreichische Mühlenwirtschaft. April 1956.*
Nr. 36 *Das Volkseinkommen in den Jahren 1954 und 1955 Mai 1956.*
Nr. 37 *Produktionsvolumen und Produktivität der österr. Landwirtschaft. Juni 1956.*
Nr. 38 *Vergleich der Wohnungsbaukosten in Österreich und der Deutschen Bundesrepublik Juli 1956.*
Nr. 39 *Die österreichische Brauindustrie. September 1956.*
Nr. 40 *Neuberechnung des Index der Einzelhandelsumsätze. September 1956.*
Nr. 41 *Preise und Austauschrelationen im österreichischen Außenhandel 1924 bis 1955 Oktober 1956.*
Nr. 42 *Der österreichisch-sowjetische Wirtschaftsverkehr seit dem Staatsvertrag November 1956.*
Nr. 43 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1955. Dezember 1956.*
Nr. 44 *Der künftige Bedarf an Personenkraftwagen in Österreich. März 1957.*
Nr. 45 *Der technische und naturwissenschaftliche Nachwuchs in Österreich. April 1957.*
Nr. 46 *Der österreichisch-sowjetische Wirtschaftsverkehr im Jahre 1956. Mai 1957.*
Nr. 47 *Die Wertschöpfung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1937 und 1949 bis 1956. Juli 1957.*
Nr. 48 *Probleme der österreichischen Elektrizitätswirtschaft. Oktober 1957.*
Nr. 49 *Der Obst-, Gemüse- und Weinbau Österreichs in einem integrierten europäischen Markt. Oktober 1957.*
Nr. 50 *Lohneinkommen und Lohnstruktur in Österreich. November 1957*
Nr. 51 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1956. Dezember 1957.*
Nr. 52 *Die Schichtung der persönlichen Einkommen in Österreich. Juli 1958*
Nr. 53 *Der österreichische Osthandel. August 1958.*
Nr. 54 *Löhne, Gehälter u Masseneinkommen in Österreich 1950/57. Oktober 1958.*
Nr. 55 *Der Güter-Werkehr mit Kraftfahrzeugen in Industrie und Großhandel November 1958*
Nr. 56 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1957. Dezember 1958.*
Nr. 57 *Einkommenselastizitäten im österreichischen Konsum. Februar 1959.*
Nr. 58 *Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Österreich. Februar 1959.*
Nr. 59 *Die Automatisierung des Fernsprekverkehrs in Österreich. September 1959.*
Nr. 60 *Die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern. Dezember 1959.*
Nr. 61 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1958. Dezember 1959.*
Nr. 62 *Die langfristigen Probleme der österreichischen Forst- und Holzwirtschaft. Februar 1960*

Fortsetzung 4 Umschlagseite

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Beilagen zu den Monatsberichten

Fortsetzung

- Nr. 63 *Auswirkungen der EWG und der EFTA auf den österreichischen Außenhandel.* Juli 1960.
- Nr. 64 *Entwicklung, Struktur und Tendenzen der österreichischen Energieversorgung.* Oktober 1960.
- Nr. 65 *Der Konsum verschiedener sozialer Gruppen in Österreich.* Dezember 1960.
- Nr. 66 *Steuerliche Belastung und Wegekosten des motorisierten Straßenverkehrs in Österreich.* März 1961.
- Nr. 67 *Probleme der Entwicklungshilfe.* Oktober 1961.
- Nr. 68 *Betriebsgröße und Produktionswert.* November 1961.

Sonderhefte

- Nr. 1 *Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung 1945. (Vergriffen)*
- Nr. 2 *Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft.* März 1946.
- Nr. 3 *Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung.* November 1946
- Nr. 4 *Umstellung der Wirtschaft auf heimische Energiequellen.* Mai 1947.
- Nr. 5 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947.* April 1948.
- Nr. 6 *Die Produktivität der österreichischen Industrie.* Mai 1949.
- Nr. 7 *Gesamtschau der österr. Wirtschaft in den Jahren 1948/49.* Sept. 1959.
- Nr. 8 *Die österreichische Papierindustrie.* März 1951.
- Nr. 9 *Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling?* März 1956.
- Nr. 10 *Die österreichische Erdölwirtschaft.* Februar 1957. (Vergriffen.)
- Nr. 11 *Zur Berechnung von Indizes der Produktivität.* Dezember 1957.
- Nr. 12 *Neue Indizes der Verbraucherpreise.* April 1959.

Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“

- Nr. 1 Dr. Franz Nemschak: *Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik.* Februar 1947.
- Nr. 2 Dr. Rudolf Grünwald: *Zur Methodik der Wirtschaftsplanung.* April 1947.
- Nr. 3 Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft.* Oktober 1948.
- Nr. 4 Dr. Franz Nemschak: *Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept.* Dezember 1951.
- Nr. 5 *Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung.* November 1952.
- Nr. 6 Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion.* April 1953.
- Nr. 7 Dr. Franz Nemschak: *Öffentliche und private Wirtschaft im Dienste der Gesamtwirtschaft.* Oktober 1953.
- Nr. 8 Dr. Franz Nemschak: *Liberalisierung und Zollpolitik in Österreich.* Juli 1954.
- Nr. 9 Dr. Franz Nemschak: *Investitionsfinanzierung und Kapitalmarkt.* Okt. 1954.
- Nr. 10 Dr. Franz Nemschak: *Konjunkturstabilisierung, gegenwärtig das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik.* November 1954.
- Nr. 11 Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag. Längerfristige Aspekte.* Dezember 1955.
- Nr. 12 Dr. Franz Nemschak: *Die Zukunft der österreichischen Wirtschaft. Österreich und die europäische Integration.* September 1959.
- Nr. 13 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1960.* Oktober 1960.
- Nr. 14 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Österreich und die europäische Integration.* November 1960.
- Nr. 15 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Amtliche Statistik und Wirtschaftsforschung: Die amtliche Statistik im Spannungsfeld von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. — Die Bedeutung der amtlichen Statistik für Staat und Wirtschaft.* Juni 1961.
- Nr. 16 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Aspekte der österreichischen Integrationspolitik.* Oktober 1961.
- Nr. 17 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Der private Konsum in der wachsenden Wirtschaft (am Beispiel Österreichs).* November 1961.
- Nr. 18 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Aspekte des Wachstums der österreichischen Landwirtschaft.* Dezember 1961.

Dr. Franz Nemschak: *Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945—1955.* Wien 1955.
Österreich und die europäische Integration. Wien 1957.
Österreichs Industrie und der europäische Markt, 1. Teil. Wien 1957.
Österreichs Industrie und der europäische Markt, 2. Teil. Wien 1958.
Möglichkeiten und Grenzen einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Wien 1960

